

REVIEWED

Gentrifizierung als Spiegel lokaler Politik

The majority of analyses of gentrification fail to take into account public-private cooperation at the local level. Although gentrification can be regarded as part of globalization, its focal point is neighbourhood revitalisation. This process is based on close cooperation between private and public local agents. Urban regime theory with its focus on processes of local governance assists in acknowledging that the development and the results of gentrification depend on the establishment of specific local public-private cooperation. Starting and sustaining cooperation is not possible without informal networking. When coordinated action between actors with differing aims has to be achieved, local discourse is necessary to achieve effective implementation and extensive effects.

1. Gentrifizierung als lokaler Kooperationsprozess – Erklärungsversuche für ein Phänomen

Gentrifizierung – der Prozess des Austausches statusniedrigerer durch statushöhere Bevölkerung in einem Wohngebiet – ist auch in vielen grossen deutschen Städten zu beobachten. Zur Erklärung dieses Phänomens werden zahlreiche Ansätze angeboten, die hier nur kurz angerissen werden können (vgl. Friedrichs 1996; Helbrecht 1996; Blasius/Dangschat 1990):

- Phasenmodelle stellen den Ablauf der Prozesse in den Mittelpunkt. Bislang ist es allerdings nicht gelungen, ein einheitliches Modell zu entwickeln, weil die Prozesse in verschiedenen Städten stark divergieren. Gewöhnlich breitet sich Gentrifizierung räumlich nicht sprunghaft, sondern in Form eines Dominoeffektes aus; auch verläuft sie dabei nicht proportional (Schwellenwerte). Daraus lassen sich aber keine Schlussfolgerungen ziehen, warum Gentrifizierung überhaupt stattfindet.

- Nachfrage-Theorien verweisen auf demografische Effekte durch die erhöhte Wohnraumnachfrage der «baby boomer» oder auf neue Haushaltstypen

mit veränderten Standortpräferenzen. Diese sind Folge einer Entinstitutionalisierung der Familie aufgrund des gewandelten Geschlechterverhältnisses sowie neuer Typen von Karrierebiografien in der veränderten Beschäftigungsstruktur («Dienstleistungs-Ökonomie»).

- Die Milieu-Theorie versucht über Lebensstilkonzepte die neuen Haushaltstypen mit Konsumstilen zu verbinden. Lebensstile werden dabei verstanden als freiwillig gewählte Lebensentwürfe, die allerdings auf einer bestimmten ökonomischen Basis beruhen. Das Verhältnis zwischen kulturellen Faktoren und sozialer Ungleichheit bleibt im Rahmen des Ansatzes jedoch ungeklärt.

- Angebotsbasierte Theorien reklamieren die Boden- und Gebäudewerte als Ursache von Gentrifizierung, d. h. ein Auseinanderklaffen zwischen aktueller und potenzieller Rente bzw. Rendite. Grund und Boden dienten als Überlaufventil der Kapitalakkumulation, allerdings nicht mehr durch Expansion in die Fläche, sondern im Bestand. Durch systematische Entwertung der innenstadtnahen Gebiete ergäben sich in diesen neue Investitionsmöglichkeiten. Nicht erklärbar bleibt jedoch Gentrifizierung ohne Desinvestitionsprozess, wie in Deutschland zu beobachten.

Die Erklärungen bleiben unvollständig, insofern sie sich allesamt auf die (inter-)nationale Ebene von Produktion bzw. Wohnungspolitik einerseits sowie auf das individuelle Handeln von Gentrifiern, Politikern, Investoren etc. andererseits beziehen. Die Ebene der Stadt, auf der die eigentlichen Aufwertungsprozesse und die politischen Auseinandersetzungen stattfinden, wird hingegen kaum beleuchtet. Bis dato fehlt eine Gentrifizierungstheorie, die der Tatsache Rechnung trägt, dass Prozesse verschiedener Ebenen aufeinander einwirken (vgl. Blasius/Dangschat 1990:16 f.). Innerhalb der vorhandenen Erklärungsmodelle entsteht der Eindruck, dieser Prozess lasse sich von bestimmten Akteuren (sei es Investoren oder Gentrifier) einseitig steuern bzw. laufe bei Veränderungen in Demografie, Ökonomie oder Haushaltsstrukturen ohne weiteres Zutun ab.

Ausgangspunkt der folgenden Erörterungen bildet die These, dass das Herzstück der Gentrifizierung ein lokaler privat-öffentlicher Kooperationsprozess ist. Allein wenn die Herstellung dauerhafter Kooperation – also kollektiver Handlungsfähigkeit – gelingt, kann sich Gentrifizierung in konkreten baulich-räumlichen Strukturen materialisieren. Die Handlungsstrukturen und das in ihnen aufgehobene örtliche kollektive Gedächtnis bestimmen dabei massgeblich mit, in welcher Form dies geschieht. Ausgehend von der Gemeinde wird dieser Kooperationsprozess nun näher beleuchtet.

Studien zeigen die Bedeutung der gemeindlichen Politik für Entwicklung und Struktur der Gentrifizierung (Welz 1996:354; Schulz 1990). Die ihr zur Verfügung stehenden Instrumente – wie das besondere Städtebaurecht oder Programme zur Wohnungsmodernisierung bzw. Wohnumfeldverbesserung – werden sehr unterschiedlich eingesetzt (vgl. Richter 1990; Schulz 1990; Smith 1996):

- zur Durchsetzung von Leitbildern («Erhalt des Lebensraumes», «Stadterneuerung»),
- zur Vermeidung von Suburbanisierung und innerstädtischem Verfall,
- zur Schaffung attraktiver Bedingungen für die «neue Mittelklasse» als Teil unternehmensorientierter Stadtpolitik,
- zur Überwindung von Verwertungsblockaden, um Stadterneuerung mit geringen gemeindlichen Mitteln finanzieren zu können.

Auch wenn die öffentliche Hand als Ziel ihrer Interventionen angibt, Ketteneffekte von Wohnraumverlusten vermeiden zu wollen, sind die mit den städtebaulichen Massnahmen verbundenen Folgen für Bodenpreise und Mieten oftmals die Initialzündung für Aufwertungsprozesse. Deren Ignoranz führt dazu, dass als Revitalisierung gepriesene Aufwertungsmassnahmen mit der Zerstörung der bisherigen sozialen Netzwerke einhergehen. Jede Intervention ist daher eine schmale Gradwanderung, insbesondere bei einer offensichtlichen Schere zwischen Lagegunst und Verwertung (Busse 1990). Entscheidend für das Verständnis der Interventionsfol-

gen ist deshalb nicht das Verhalten der Gemeinde allein, sondern dieses ist im Kontext der Handlungen anderer Akteure zu beurteilen. Es wäre allerdings auch unzureichend, das Handeln der Gemeinde völlig auszublenden, wie dies bei Angebotstheorien üblicherweise geschieht, die bei der Erklärung der Gentrifizierung allein auf die Veränderung der Miet- bzw. Bodenpreise abstellen.

Aus der Sicht professioneller Akteure – also solcher Akteure, bei denen das Profitinteresse im Vordergrund steht (wie z. B. Developer) – zielt die Produktion einer gentrifizierten Nachbarschaft auf die Herstellung einer Ware, die verkauft werden will. Ihr Wert muss für potenzielle Käufer sichtbar sein. Die Developer orientieren sich dabei am Nachbarschaftseffekt: Setzen in einem Stadtteil Desinvestitionsprozesse ein, so ist es auch für solche Eigentümer, die zur Investition bereit wären, nicht mehr rational, dies zu tun. Ihre Nachbarn würden nämlich ebenfalls von der Aufwertung profitieren, ohne sich an den Kosten zu beteiligen. Deren Investitionsverzicht kann zu der scheinbar paradoxen Situation führen, dass die Attraktivität des eigenen Hauses trotz Investitionen sinkt, weil potenzielle Mieter oder Käufer durch die Umgebung der Wohnung abgeschreckt werden. Gentrifizierung versucht, sich den Effekt in umgekehrter Richtung zunutze zu machen. Hilfreich ist dabei die Überlegung, dass für die Entwicklung von Gentrifizierung nicht das Vorhandensein einer Profitlücke – wie von Angebotstheorien behauptet –, sondern deren Wahrnehmung entscheidend ist (Helbrecht 1996:8). Im Kern geht es um den kulturellen Prozess der Herstellung von Glaubwürdigkeit, d. h. einer verlässlichen Bedeutung in Bezug auf das Wohnumfeld (Smith 1996: 192).

Auch die Nachfrage-Theorien sind dazu aber kaum in der Lage, da sie aus der Existenz von Gentrifiern – oder solchen Personen, die dieser Gruppe aufgrund ihrer Statusmerkmale angehören könnten – schon auf den Prozess der Gentrifizierung selbst schließen. Gentrifizierung ist durch die sie massgeblich verursachenden Gentrifier zwar mit der

neuen Geografie der Globalisierung verwoben, insofern diese «neue Mittelklasse» – also die Personen mit gut bezahlten Arbeitsplätzen, die über einen stark auf Aussendarstellung ausgerichteten Lebensstil verfügen – viel globaler orientiert ist als die traditionellen Mittelschichten (Helbrecht 1996; vgl. Mills 1988). Allerdings setzten diese Strukturveränderungen nur einen Rahmen, weshalb Gentrifizierung in einigen Städten anzutreffen ist, in anderen wiederum nicht.

Die Gemeinden sind an der Gentrifizierung zwar nur indirekt beteiligt, nehmen jedoch bei der Herstellung von Glaubwürdigkeit eine Schlüsselfunktion ein. Stützt die Gemeinde die Entwicklung – durch wohlwollendes Nichtstun, individuelle Anreize oder (Ordnungs-) Politik gegen resistente Bewohner –, so sichert sie die Erwartungen der Investoren ab, die nun bereitwilliger ihre Mittel einsetzen, da die Gefahr der Investitionsvernichtung durch den Nachbarschaftseffekt gebannt ist. Tritt die Gemeinde der Entwicklung jedoch entschieden entgegen, wird die Investitionsbereitschaft der Investoren (zumal der solideren) sinken. Gelingt es nicht, die erzeugte Glaubwürdigkeit auf Dauer zu stellen, droht der Investitionsprozess alsbald wieder abzubrechen (vgl. Hansel/Wagner 1994); gelingt es, so können die Gentrifier ihre Raumsprüche gegen die bisherigen Bewohner durchsetzen. Dabei erzwingt die Restrukturierung der Ökonomie keine am Habitus der Gentrifier ausgerichtete Politik. Vielmehr ist ein kultureller Umbauprozess auf der lokalen Ebene die unabdingbare Voraussetzung für eine ökonomische Aufwertung. Massgeblich für die Gestalt, welche Gentrifizierung in einzelnen Städten annimmt, ist daher die Art und Weise, in welcher einzelne Akteure zu Formen gemeinsamen Handelns gelangen.

Fazit ist, dass ein lokaler öffentlich-privater Kooperationsprozess im Zentrum der Gentrifizierung steht. Um diesen besser verstehen zu können, ist eine theoretische Fundierung lokalpolitischer Kooperationsprozesse unerlässlich. Für diese Fragestellung erscheint mir die Regime-Theorie als geeignet. Durch ihre

Beschäftigung mit der Frage, wie sich Strukturen gemeinsamen Handelns entwickeln und auf Dauer stellen lassen, kann sie wertvolle Hilfestellungen zu einem besseren Verständnis der privat-öffentlichen Kooperation in der Gentrifizierung und zur Entwicklung alternativer Handlungsstrukturen anbieten.

2. Kollektives Handeln: Die Perspektive der Regime-Theorie

Die Theorie lokaler Regime (urban regime theory) basiert auf der Überlegung, dass die Struktur eines liberalen Staates durch eine Unterteilung zwischen einem auf öffentlichen Wahlen beruhenden politischen System und einer weitgehend privaten Verfügung über die materiellen Ressourcen geprägt ist. Weder Politik noch Ökonomie verfügen also über völlig eigenständige Entscheidungsmöglichkeiten: Der Staat ist auf die Unterstützung und die Ressourcen privater Akteure ebenso angewiesen, um seine Ziele zu realisieren, wie diese für ihre Zwecke auf Formen politischer Mobilisierung und Legitimation zurückgreifen müssen (Stone 1993; vgl. Harding 1996).

Aus dieser Situation erwächst die Anforderung, eine Handlungsstruktur durch aufeinander bezogenes Handeln verschiedener Akteure zu entwickeln. Ein lokales Regime ist dabei ein informelles Arrangement, durch das die öffentliche Hand und private Interessen zusammenarbeiten, um kollektive Entscheidungen zu treffen und umzusetzen. Diese Arrangements müssen die Verfügbarkeit der benötigten Ressourcen sicherstellen; zugleich sind sie gezwungen, externe Restriktionen so zu modifizieren, dass sich die eigenen Ziele (soweit wie möglich) verwirklichen lassen.

Entwickelt wurde die Regime-Theorie durch Stones Untersuchung zur Lokalpolitik in Atlanta (vgl. Stone 1989). Nach dem zweiten Weltkrieg entstand dort eine enge Kooperation zwischen den Bürgermeistern und der örtlichen Wirtschaft, die auf die Realisierung einer Wachstumsstrategie zielte. Erstere sorgten – unter Rückgriff auf die schwarze Bevölkerungsmehrheit und in-

haltlich vor allem durch die wachstumsorientierte schwarze Mittelschicht geprägt – für die politische Absicherung der Zielsetzung. Die Wirtschaft sicherte ihren Einfluss durch die Koordination ihrer Interessen in einer zentralen Agentur und durch enge Verbindungen mit der örtlichen Presse, mit deren Hilfe sie ihre Interessen weitreichend artikulieren konnte. Zudem verstärkte sie ihren Einfluss durch soziale Aktivitäten. Auf diesen Wegen konnte sie ihre Positionen und Sichtweisen vermitteln, was – neben ihren finanziellen Kapazitäten – massgeblich zur Stützung der Regimeziele beitrug.

Stone stellte sich vor allem die Frage, wie sich eine solch stabile, langjährige Kooperation ins Leben rufen und dann aufrechterhalten liess. Dabei stellt er fest, dass Handlungsfähigkeit keineswegs allein aus einer parlamentarischen Mehrheit erwuchs. Auch war kein Einsatz von Zwangsmitteln festzustellen, zumal dieser auf Dauer ohnehin kaum erfolgreich gewesen wäre. Selbst eine gemeinsame Zielsetzung allein schien auf Dauer nicht tragfähig. Den entscheidenden Ansatzpunkt fand er in den «drei Gesichtern der Macht» (vgl. Dyrberg 1997):

- Das erste Gesicht bezeichnet manifeste Konflikte, also Auseinandersetzungen um konkrete Projekte und Vorhaben. Diese stehen meist im Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit und politischer Analysen.
- Das zweite Gesicht sind Nichtentscheidungen: Dies meint kommunikative Strategien und strategische Ausschlussmechanismen mit wenig Verbindung zu Projektentscheidungen. Ihr Ziel ist es, durch die Beeinflussung von Wahrnehmungs- und Entscheidungsstrukturen manifeste Konflikte zu verhindern. Darunter fallen Verlagerungen von Entscheidungen in nichtöffentliche Gremien (vgl. Lenhardt 1998), die Formung von Meinungen durch die Inszenierung bestimmter Diskussionen – z. B. über Ästhetik statt über Politik – (vgl. Marcuse 1998) oder Image-Kampagnen (vgl. Scholz 1989).
- Das dritte Gesicht kennzeichnet die systemische Macht institutioneller Filter bzw. struktureller Präjudizierungen. Es

ist allerdings allenfalls in historischen Analysen sichtbar zu machen.

Für die Herstellung von Handlungsfähigkeit sind die Mechanismen der Nichtentscheidung von grosser Wichtigkeit; so lässt sich die freiwillige und (weil unbewusst erfolgend) sich selbst verstärkende Selbstbeschränkung der Handelnden zunutze machen. Dabei kommt es also nicht auf spektakuläre Entscheidungen an, sondern darauf, welche Probleme wie thematisiert werden (agenda setting). Die Art der Problematisierung bestimmt nämlich massgeblich über die präferierten Lösungsansätze mit: Wenn Obdachlosigkeit z. B. als Frage moralischen Versagens verstanden wird, dürfen nicht Veränderungen des Wohnungsmarktes oder der sozialen Sicherung im Mittelpunkt stehen, sondern Fragen von Sicherheits- und Ordnungspolitik. Der Verzicht auf die Problematisierung eines Themas kann auf der Antizipation des Widerstands einflussreicher Gruppen oder Personen ebenso begründet sein wie auf der Androhung von Gewalt, auf symbolischen Appellen, der Auslagerung von Entscheidungen in halböffentliche Institutionen oder der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen. Einwirkungsmöglichkeiten ergeben sich dabei entlang des gesamten Entscheidungsweges: angefangen bei Fragen der Legitimität und der Verfahren über die Modifikation von Entscheidungen bis hin zur Ausgestaltung der Umsetzung. Diese Politik der Nichtentscheidungen ist aber keineswegs «politics without policy»; sie artikuliert ihre politischen Ziele nur nicht explizit. Im Gegensatz zu einem echten Konsens ist dieser Konsens Folge von Interventionen mit dem Ziel, eine bestimmte Perspektive zu verankern.

Macht ist aus dieser Perspektive heraus nicht als Ausübung physischer Gewalt, sondern als Fähigkeit zu verstehen, Strukturen gemeinsamen Handelns zu entwickeln, die fortlaufend vorteilhafte Entscheidungen produzieren (Produktionsmodell der Macht). Auch Akteure, die viel Macht besitzen, mögen in einzelnen Entscheidungen eine Niederlage einstecken müssen. Auf Dauer jedoch werden sie sich öfter durchsetzen können als andere. Macht ist daher im Ver-

ständnis der Regime-Theorie keine Macht über etwas, sondern um etwas zu erreichen. Die Ausdehnung des Handlungsspielraumes (scope) ist dabei von der Kooperationsfähigkeit der Akteure abhängig, die auf der Verfügung über notwendige Ressourcen beruht. Ressourcen, die benötigt werden, können dabei vielfältiger Art sein: sie umfassen den Besitz von strategischem Wissen genauso wie die Kontrolle von materiellen Ressourcen. Die sozialen Ungleichheiten in Form von Wohlstand, sozialem Status etc. spiegeln sich dann in den Mustern politischer Aktivität wider: Über je weniger Ressourcen eine Person verfügt, desto eher ist sie gezwungen, diese kurzfristig und für unmittelbar relevante Belange einzusetzen, statt sich auf Aktivitäten wie Nichtentscheidungen einzulassen, deren Vorteile erst langfristig zu erwarten sind. Diese Eigendynamik führt zur beobachteten und beobachtbaren Trägheit eines weiten Teils der Bürgerschaft und der Unfähigkeit Benachteiligter, das Machtgefälle zu den eigenen Gunsten zu verändern.

Da die Erfolgsaussicht für den Zusammenhalt entscheidend ist, haben einfach erreichbare Ziele hohe Priorität. Zum zentralen Moment der Entscheidungsfindung wird jedoch das Ziel des Koalitionserhalts. Die Definition des Gemeinwohls ist dabei als Integrations- und Legitimationsmoment von besonderer Bedeutung (Dyrberg 1997: 183 ff.). Ist die Fähigkeit zu gemeinsamem Handeln einmal hergestellt, ist sie aufgrund sinkender Transaktionskosten (Vertrauen!) und der Generierung von zusätzlichem Nutzen in gemeinsam verwirklichten Projekten leichter stabilisierbar. Dabei geht es darum, eine Kohärenz der Interessen zu entwickeln, die dauerhaftes gemeinsames Handeln ermöglicht. Die konkreten Vorhaben des Regimes spiegeln in ihrer projektspezifischen Definition des Gemeinwohls daher die Regime-Zielsetzung wider.

In den Nichtentscheidungen verlagert sich das politische Handeln von der Ebene der operativen Politik auf die der Beeinflussung von Wahrnehmungs- und Entscheidungsstrukturen. Diskurse nehmen daher – obwohl in den Betrachtungen der Regime-Theorie oft vernachlässigt

sigt – eine Schlüsselfunktion bei der Integration lokaler Regime ein: Diskurse als Ensemble von Ideen, Konzepten und Kategorien, durch welche Phänomene Bedeutung erlangen, sind nämlich entscheidend für die Bestimmung des Handlungszusammenhangs. Durch ihre Brille nehmen wir Probleme wahr, schreiben Fakten Sinn zu, definieren Situationen («die Wirklichkeit») und entwickeln Lösungen, die wiederum die Handlungen anderer Akteure strukturieren (vgl. Hajer 1993). Die Analyse von Diskursen ermöglicht es daher, die Strukturen gemeinsamen Handelns und deren Mechanismen der Selbsterhaltung besser zu verstehen: Diskurskoalitionen entwickeln kohärente Geschichten für zu deutende Probleme (story lines). Um deren Dauerhaftigkeit zu sichern, muss der Diskurs allerdings auch institutionell verankert und in konkrete Politik übersetzt werden. Gelingt dies, so ist es über die Ebene von Diskursen möglich, Einvernehmen über Vorhaben herzustellen, ohne dass es – wie zuweilen vermutet – Absprachen in irgendwelchen Hinterzimmern gegeben hat.

Da unterschiedliche an der Gestaltung von Institutionen beteiligte Akteure über keine identische Vorstellung der zugrunde liegenden Absichten verfügen, unterstehen Diskurse und Institutionen jedoch einem steten Wandlungsprozess. Aufgrund der Dynamik des Umfeldes dienen ständige Anpassungsmechanismen einerseits der Stabilität des Regimes, sie modifizieren aber andererseits die soziale Struktur und tragen so ein Moment potenzieller Gefährdung in sich. Für die Handlungsfähigkeit von Regimen gilt, dass sie auch durch Prozesse und Entscheidungen bestimmt werden, die ihren Ausgangspunkt jenseits ihrer Grenzen haben. Die lokale Politik hat aber tatsächliche Entscheidungsmöglichkeiten, da sich die strukturellen Restriktionen nicht als Befehle darstellen, sondern der Interpretation durch die lokalen Akteure bedürfen. Diese Übersetzungsbedürftigkeit in örtlich spezifische Formen macht sie offen für lokale Gestaltung.

3. Gentrifizierung aus Sicht der Regime-Theorie

Die Regime-Theorie ist hier ausführlich dargestellt worden, weil sie meines Erachtens neue Impulse für das Verständnis von Gentrifizierungsprozessen liefern kann. Ihre zentralen Überlegungen sollen daher auf Kooperationsprozesse im Rahmen der Gentrifizierung bezogen werden.

Oftmals besteht der Eindruck, allein die bisherigen Bewohner der Quartiere würden in der Gentrifizierung aktiv, während der Prozess der Übernahme von Wohnungen durch Gentrifizierer ein Selbstläufer sei. Oft entsteht das Bild eines sich selbst verstärkenden Austauschprozesses, der ohne die Notwendigkeit irgendwelcher stabilisierender Interventionen zwangsläufig auf die Gentrifizierung der Nachbarschaft hinausläuft. Dass dieser Eindruck täuscht, wurde bereits eingangs verdeutlicht. Auch denjenigen, die Gentrifizierung vorantreiben möchten, stellt sich das Problem, sie in Gang setzen und aufrechterhalten zu müssen. Dafür ist die investive, diskursive und rechtliche Sicherung der Quartiersentwicklung notwendig, zu deren Erfolg es der Kooperation privater und öffentlicher Akteure bedarf. Zwar entwickelt dieser Prozess, einmal in Gang gesetzt, eine Eigendynamik. Doch ist diese stets gefährdet; ohne ständige Kooperation ist eine Stabilisierung unmöglich.

Die entscheidendste Hürde für die Verwirklichung von Gentrifizierung ist der Nachbarschaftseffekt. Für die Absicherung der Gentrifizierung heisst das: Weder ist eine zentrale Instanz auszumachen, welche Glaubwürdigkeit «soverän» befehlen kann, noch lässt sich Glaubwürdigkeit heimlich in irgendwelchen Hinterzimmern beschliessen oder durch Repression dauerhaft erzwingen (vgl. Smith 1996). Vielmehr bedarf es einiger Anstrengungen (Investitionen, Interventionen) ebenso wie der (zumindest passiven) Unterstützung durch den überwiegenden Teil der Bürgerschaft. Um potenzielle Gegner gar nicht erst aktiv werden zu lassen, sind Nichtentscheidungen unentbehrlich. So hat z. B. die Kölner Stadtverwaltung zwar offiziell stets die Erhaltung des Friesenviertels

auch in seiner sozialen Struktur als Ziel ausgegeben. Zugleich stützte sie jedoch die Aufwertungsmaßnahmen massgeblich, indem sie in Interviews und Pressemitteilungen die positiven Effekte bzw. die Normalität privater Investitionen herausstellte (Hardt 1996:293). Im Frankfurter Gallus führten Stätteilkulturwochen weniger zur Selbstverständigung der Bewohner als zur Umdeutung in eine – für Gentrifizierer interessante – urbane Erlebnislandschaft (Welz 1996:351). Auch Anzeigenkampagnen der Immobilienwirtschaft tragen dazu bei, durch eine Verbindung von Quartier, Lebensstil und bestimmten Wertvorstellungen (wie Leistungsorientierung) die bisherigen Bewohner zu verunsichern und bei ihnen eine defensive Haltung zu erzeugen (Mills 1988). Je stärker bei den Betroffenen der Eindruck erweckt wird, ohnehin nichts mehr ausrichten zu können, desto weniger sind sie in der Lage, nach erfolgversprechenden Möglichkeiten der Gegenwehr zu suchen (vgl. Alisch/zum Felde 1990).

Ein eindrucksvolles Beispiel für die Bedeutung von Diskursen in Gentrifizierungsprozessen stellt die Metapher der «Revitalisierung» dar (Smith 1996:88 ff.). Die Gleichsetzung der Aufwertungsprozesse mit Revitalisierung wirkt zunächst zynisch: Die Vertreibung der bisherigen Bewohner lässt sich kaum mit den positiven Konnotationen des Begriffs wie Lebendigkeit, Dynamik, Lebensfreude verbinden. Aus der Perspektive von an Steuern und vorzeigbaren Ergebnissen interessierten Gemeindepolitikern, von an Rendite orientierten Immobilienmaklern oder Developern, von an hochqualifizierten Arbeitskräften interessierten Dienstleistungsunternehmen sowie von der an städtischem Wohnraum interessierten «neuen Mittelklasse» ist Gentrifizierung jedoch tatsächlich Revitalisierung – und zwar der politischen Handlungsfähigkeit, der Profitmöglichkeiten, des hochqualifizierten Arbeitsmarktes und der Belebung des Viertels mit Menschen aus dem eigenen sozialen Milieu. Der Diskurs begräbt den politischen Sprengstoff in einer Metapher, die Positives für alle verheisst – und doch nur die Interessen einiger meint.

Attraktivität gewinnt die Gentrifizierung durch den von ihr produzierten Nutzen, durch das Kapital bzw. die Legitimation, die sie zur Verfügung stellt. Die entstehenden Belohnungen motivieren die Beteiligten zur weiteren Kooperation: Die Politik kann ihre Handlungsfähigkeit gegenüber dem Wahlvolk untermauern; den Investoren winken Profite. Planern verheißt sie bei oberflächlicher Betrachtung die Chance zur Aufwertung von Quartieren bei geringem Aufwand an städtischen Finanzmitteln. Dagegen ist für betroffene Bewohner die Entlohnung selbst bei einer erfolgreichen Gegenwehr gering, zumal die Vorteile kollektiver Art sind und für individuelles Engagement gegen Gentrifizierung wenig Anreize schaffen. Gentrifizierung kann dabei als sichtbares Zeichen für die Ausrichtung der Stadtentwicklung an den Interessen der in die transnationale Ökonomie eingebundenen Unternehmen verstanden werden. Im Rahmen der Diskussion um Wettbewerbsfähigkeit («Unternehmen Stadt») verdeutlicht Gentrifizierung den städtischen Willen, den Unternehmen nicht allein im Produktionsbereich Konzessionen zu machen. Wie in diesem Fall bezogen auf die «neue Mittelklasse» als deren potenzielle (leitende) Beschäftigte soll sich die gesamte Stadtentwicklung, also auch Wohnen, Freizeit oder Kultur, an ihnen ausrichten (vgl. Welz 1996). Durch den «Unternehmen Stadt»-Diskurs lassen sich die verschiedenen Bereiche der lokalen Politik von der Aufwertung der Wohnquartiere bis zur Unternehmenspolitik sinnvoll integrieren und durch eine stärkere Kohärenz der Akteurshandlungen die Kooperationsvorteile materialisieren (mehr Gewinne, mehr Steuereinnahmen etc.). Voraussetzung ist allerdings die Verfügung über Investitionsmittel zur baulichen Aufwertung bzw. zur Inszenierung der sozialen Aufwertung und die Herstellung von Legitimation gegenüber einer kritischen zivilen Öffentlichkeit.

4. Fazit: Gentrifizierung als Ergebnis lokaler Politik?

Betrachtet man die gängigen Erklärungsansätze für Gentrifizierung, so ist festzustellen, dass diese die lokalen öffentlich-privaten Kooperationsprozesse – das Herzstück der Gentrifizierung – nur unzureichend beleuchten. Ein besseres Verständnis des komplexen Interaktionsprozesses, durch den die Bereitstellung von Investitionsmitteln und die Herstellung von Glaubwürdigkeit gesichert wird, zeigt, dass dessen Ergebnis in hohem Grade davon abhängig ist, wem es gelingt, mit welchen anderen Akteuren eine dauerhafte Kooperation einzugehen. Die Regime-Theorie lenkt dabei den Blick auf Nichtentscheidungen, also solche Aktivitäten, die das Ausbrechen manifester Konflikte verhindern wollen. Institutionell abgesicherte, lokal spezifische Diskurse nehmen eine Schlüsselstellung ein, indem sie helfen, die Handlungen aller Beteiligten an gemeinsamen Vorhaben auszurichten. Die Betonung von Kooperationsprozessen ist dabei nicht normativ zu verstehen, sondern als Versuch einer realistischen Standortbestimmung, die dazu führt, alte Gegensätze (wie «Angebotstheorien versus Nachfragetheorien») konstruktiv zu überwinden.

Dabei ist Gentrifizierung kein genuines Produkt der Gemeindepolitik, sondern wird von ihr «nur» in konkrete – lokal spezifische – Praktiken und Formen umgesetzt. Globale(re) Strukturen setzen viele Rahmenbedingungen und üben so erheblichen Einfluss aus. Das kann im Einzelnen zu instrumentalistischen Ergebnissen führen, weil alle denselben Trends und Ideen nachlaufen, darf aber nicht als Determinismus missverstanden werden (vgl. Bullmann 1991:75). So kann z. B. die als Folge der Globalisierung auftretende Fragmentierung der vor Ort interagierenden Akteursgruppen zu lokaler Handlungsunfähigkeit führen und externe Dominanz zur Folge haben. Sie kann aber auch Anstoß sein, nach neuen Formen lokaler Handlungsfähigkeit zu suchen und diese zu etablieren. Dies ist vor allem deshalb wichtig, weil die Realisierung von Vorhaben – wie die Herstellung von Glaubwürdigkeit in der Genti-

fizierung – einer Kooperation privater und öffentlicher Akteure bedarf.

Aufgabe für die Zukunft bleibt es, anhand verschiedener Städte die Strukturen lokaler Politik mit den örtlichen Gentrifizierungsprozessen zu kontrastieren. So könnte es gelingen, ein besseres Verständnis für die Handlungsoptionen lokaler Politik vor dem Hintergrund der Globalisierung zu gewinnen.

Literatur

- Alisch, M. / zum Felde, W. (1990): «Das gute Wohngefühl ist weg!» Wahrnehmungen, Bewertungen und Reaktionen von Bewohnern im Vorfeld der Verdrängung. In: J. Blasius / J. S. Dangschat (Hrsg.): Gentrification. Die Aufwertung innerstädtischer Wohnviertel, Frankfurt/Main, S. 277–300.
- Blasius, J. / Dangschat, J. S. (1990): Die Aufwertung innenstadtnaher Wohngebiete. Grundlagen und Folgen. In: dies. (Hrsg.): Gentrification. Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel, Frankfurt/Main, S. 11–34.
- Bullmann, U. (1991): Zur Identität der lokalen Ebene. In: B. Blanke (Hrsg.): Stadt und Staat, PVS-Sonderheft, Opladen, S. 72–92.
- Busse, C.-H. (1990): Gentrification. Stadtteile im Konflikt – Beispiele aus Hamburg. In: J. Blasius / J.S. Dangschat (Hrsg.): Gentrification. Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel, Frankfurt/Main, S. 196–212.
- Dyrberg, T.B. (1997): The Circular Structure of Power. Politics, Identity, Community, London.
- Friedrichs, J. (1996): Gentrification. Forschungsstand und methodologische Probleme. In: ders. / R. Kecskes (Hrsg.): Gentrification. Theorie und Forschungsergebnisse, Opladen, S. 13–40.
- Hajer, M. A. (1993): Discourse Coalitions and the Institutionalization of Practice. In: F. Fischer / J. Forester (Hrsg.): The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning, Durham/London, S. 43–76.
- Hansel, C. / Wagner, J. (1994): Eene meene muh, und raus bist Du!? Möglichkeiten und Grenzen sozial- und konsensorientierter Erneuerung innerstädtischer Altbauquartiere in Ostberlin, Diplomarbeit, Dortmund.
- Harding, A. (1996): Is There a «New Community Power» and Why Should We Need One? In: International Journal of Urban and Regional Research 20, S. 637–55.

- Hardt, C. (1996): Gentrification im Kölner Friesenviertel. Ein Beispiel für konzerngesteuerte Stadtplanung. In: J. Friedrichs / R. Kecskes. (Hrsg.): Gentrification. Theorie und Forschungsergebnisse, Opladen, S. 283–312.
- Helbrecht, I. (1996): Die Wiederkehr der Innenstädte. Zur Rolle von Kultur, Kapital und Konsum in der Gentrification. In: Geographische Zeitschrift 84, S. 1–15.
- Lenhardt, K. (1998): «Bubble politics» in Berlin. Das Beispiel Koordinierungsausschuss für innerstädtische Investitionen. In: PROKLA 110, S. 41–66.
- Marcuse, P. (1998): Reflections on Berlin. The Meaning of Construction and the Construction of Meaning. In: International Journal of Urban and Regional Research, S. 331–38.
- Mills, C. A. (1988): «Life on the upslope». The postmodern landscape of gentrification. In: Environment and Planning D: Society and Space 6, S. 169–89.
- Richter, W. (1990): Gentrification – Bewertung aus planerischer Sicht. In: J. Blasius / J.S. Dangschat (Hrsg.): Gentrification. Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel, Frankfurt/Main, S. 175–84.
- Scholz, C. (1989): Frankfurt – eine Stadt wird verkauft, Frankfurt/Main.
- Schulz, A. (1990): Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel in Köln. In: J. Blasius / J.S. Dangschat (Hrsg.): Gentrification. Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel, Frankfurt/Main, S. 185–95.
- Smith, N. (1996): The New Urban Frontier. Gentrification and the Revanchist City, New York.
- Stone, C.N. (1989): Regime Politics. Governing Atlanta 1946–1988, Kansas.
- Stone, C. N. (1993): Urban Regimes and the Capacity to Govern. A Political Economy Approach. In: Journal of Urban Affairs 15, S. 1–28.
- Welz, G. (1996): Inszenierungen kultureller Vielfalt. Frankfurt am Main und New York City, Berlin.